



economiesuisse

Newsletter 10/09



2010: Geringes Wirtschaftswachstum – Risiken bleiben

economiesuisse rechnet für das Jahr 2010 mit einem Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent und einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 4,9 Prozent. Aber die konjunkturellen Abwärtsrisiken sind nach wie vor gross. [mehr »](#)



Pascal Gentinetta
Direktor economiessuisse

Aktienrecht auf Schleuderkurs

Die Beratungen um die Aktienrechtsrevision und die Initiative Minder sind derzeit von politischen Pirouetten geprägt. Das Geschäft ist aber zu wichtig für Experimente. Es geht um die Schweiz als Standort für börsennotierte Unternehmen. [mehr »](#)

Grafik des Monats: Die Schulden der Schweiz steigen wieder an

Neues Postgesetz vom Ständerat verabschiedet - Ein schlechter Wurf

Der Ständerat hat als Erstrat die Beratung des Entwurfs des neuen Postgesetzes abgeschlossen. Der Briefmarkt dürfte noch für einige Jahre mehrheitlich der Konkurrenz geschlossen bleiben. Es liegt nun am Nationalrat, sich von diesem kundenfeindlichen Entscheid zu distanzieren und die vollständige Marktöffnung innert vernünftiger Frist zu beschliessen. [mehr »](#)

Stromlücke real: Frankreich bald im Dunkeln?

Erstmals seit 27 Jahren musste Frankreich im Oktober dieses Jahres durchgehend Strom aus dem Ausland beziehen. Sollte das Thermometer diesen Winter wie üblich unter null fallen, wird die Stromversorgung in unserem Nachbarland knapp. [mehr »](#)

Neue Impulse in der Infrastrukturpolitik gefordert

economiesuisse begrüsst die Bemühungen des UVEK, die Infrastrukturpolitik sektorübergreifend anzugehen. Um eine Planung für die nächsten 20 Jahre zu machen, braucht es einen fundierten und konstruktiven Dialog möglichst breiter Kreise. Die Wirtschaft wird detaillierte Stellung nehmen, nachdem das UVEK auf das Anliegen der Wirtschaft eingetreten ist und die Anhörungsfrist auf ein vernünftiges Mass bis Mitte Februar verlängert hat. [mehr »](#)

Kolumne aus Brüssel: Das Parlament lässt die Muskeln spielen

Avenir Suisse: Studie zum Glasfasernetz in der Schweiz

Eine breit angelegte Studie von Avenir Suisse belegt, dass die Schweiz vom Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur profitieren kann. Auf der Basis von Glasfasern werden künftig Haushalte erschlossen. Die Schweiz sollte gleichermassen auf Infrastruktur- und Dienstewettbewerb setzen, das Rezept hat sich bewährt und wird auch in Zukunft spielen. [mehr »](#)

Agrarschutz: Gesamtwirtschaftliche Interessen haben Priorität

In seiner Sondersession vom 3. und 8. Dezember berät das Parlament verschiedene Vorstösse zugunsten einer protektionistischen Agrarpolitik. Diese schaden den gesamtwirtschaftlichen Interessen und gefährden wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze in der Schweiz. [mehr »](#)

Schwerpunkte unserer Mitglieder: vips – der Pharmabrancheverband

Europäische Führung in Kopenhagen?

Der Klimagipfel der Vereinten Nationen steht vor der Tür. Die EU bereitet sich darauf vor, in den internationalen Verhandlungen in Kopenhagen eine führende Rolle zu spielen. Die ehrgeizigen Ziele der Europäischen Union können aber nur verwirklicht werden, wenn die Vereinigten Staaten und China mitziehen. [mehr »](#)

Keine Spielchen mit dem Standort Schweiz!

Die Beratungen zur Revision des Aktienrechts befinden sich auf einem gefährlichen Schleuderkurs. Über politischem Taktieren droht die Bedeutung für die Schweizer Wirtschaft vergessen zu gehen.

Eine knappe Mehrheit der Rechtskommission des Nationalrats will die Initiative Minder noch vor Abschluss der Beratungen über den indirekten Gegenvorschlag zur Abstimmung bringen. Das führte dazu, dass sich die Kommission taktisch sogar mit einem knappen Ja für die Minder-Initiative aussprach. Damit spielt die Politik mit dem Feuer. Bei Annahme der Initiative würde die Schweiz zu einem internationalen Sonderfall, der sich als Standort für börsennotierte Unternehmen selber ins Abseits stellt.

economiesuisse setzt sich klar für eine Stärkung der Aktionäre in der Salärdebatte ein. Über allem steht aber der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen. Deshalb ist nun voller Einsatz für einen fundierten indirekten Gegenvorschlag nötig, der die Aktionäre stärkt und dabei die internationalen Entwicklungen berücksichtigt. Börsennotierte Unternehmen müssen im internationalen Wettbewerb bestehen können. Deshalb müssen sie zumindest gleich lange Spiesse haben wie ihre Konkurrenten im Ausland. Börsennotierte Unternehmen sind für die Schweiz zu wichtig, als dass man sie zum erratischen politischen Spielball machen dürfte.

FinöV-Fonds verträgt keine zusätzlichen Eisenbahnprojekte

Die Schweiz sollte in Bezug auf die Finanzierung von Grosseisenbahnprojekten vorbildlich sein. In Tat und Wahrheit wird mit dem FinöV-Fonds Jahr für Jahr ein riesiges Schuldenloch gegraben, das bald 10 Mrd. Franken betragen wird. Diesen Fonds mit zusätzlichen Projekten zu belasten, ist verantwortungslos. [mehr »](#)

KMU-Portrait: Jenni Energietechnik – Pionierin der Solarenergie

Letzter Abstimmungssonntag des Jahres

Der letzte Abstimmungssonntag des Jahres verlief grösstenteils zufriedenstellend – sowohl bei der Exportverbotsinitiative wie auch bei der Spezialfinanzierung Luftverkehr folgte das Stimmvolk mit grossem Anteil den Parolen von economiesuisse. Getrübt wird diese Freude einzig durch die Annahme der Minarett-Initiative, welche economiesuisse mit Bedauern zur Kenntnis nimmt. [mehr »](#)

Zukunftsaussichten der Bankenindustrie

ICC Switzerland wird die nächste Jahresversammlung am 13. Januar 2010 in Zürich vor dem Hintergrund der Rolle der Banken in der Handelsfinanzierung organisieren. Thierry Senechal, Verantwortlicher der Bankenkommission im Sekretariat der internationalen Handelskammer ICC in Paris, wird dabei die Ergebnisse einer Studie vortragen, die die WTO bei der ICC in Auftrag gegeben hat. [mehr »](#)

Ganzen Newsletter drucken (PDF, 19 Seiten, 350 KB)

Agenda

14.12. Medienkonferenz „Volkswirtschaftliche Bedeutung der börsenkotierten Schweizer Aktiengesellschaften“

Publikationen

- » Exportland Schweiz ist auf eine starke WTO angewiesen
- » Aktiv den Dialog suchen
- » Bekenntnis zum Luftfahrtstandort Schweiz
- » Klares Nein zu Exportverboten
- » Kompass in der Finanzpolitik neu ausrichten
- » Verschuldungsprobleme als Herausforderung nach der Krise
- » WTO – Fundament einer erfolgreichen Aussenwirtschaftspolitik
- » Konjunktur: Geringes Wachstum – Risiken bleiben
- » Rechtsvergleichendes Gutachten zu Fragen der Managervergütung in börsennotierten Gesellschaften
- » Aktienrechtliche Vergütungsregeln im internationalen Vergleich
- » Schweiz droht starke Überregulierung des Aktienrechts
- » Neue Postgesetzgebung – Kunden gehen leer aus
- » Sichere Standorte für Tiefenlagerung radioaktiver Abfälle
- » Wasserzinsen: unerwünschte Verteuerung des Stroms



economiesuisse

Home > Aktuell > Newsletter > 10/09

2010: Geringes Wirtschaftswachstum – Risiken bleiben

03.12.2009 12:00

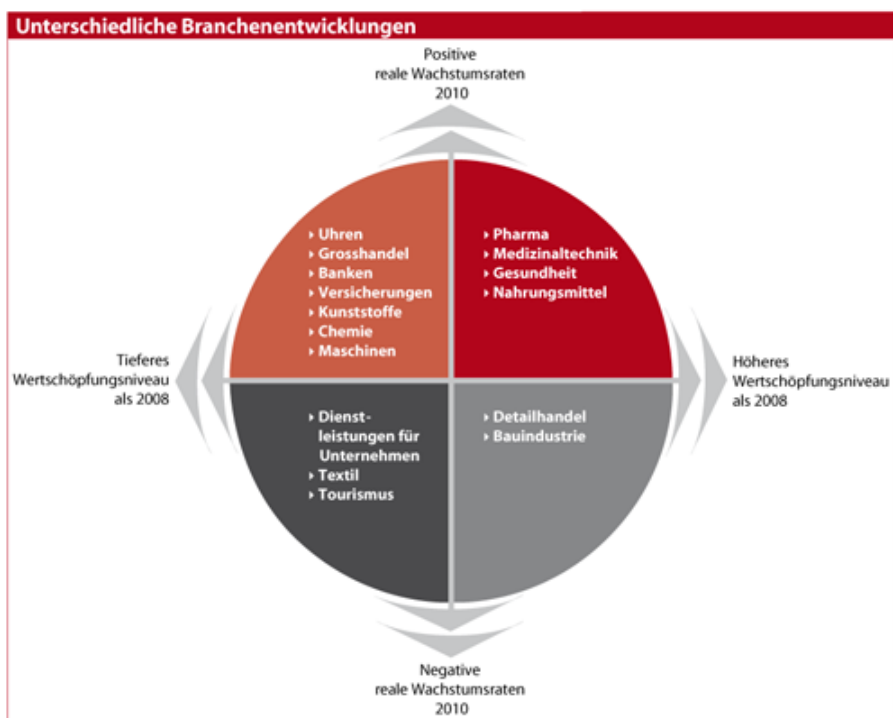
economiesuisse rechnet für das Jahr 2010 mit einem Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent und einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 4,9 Prozent. Aber die konjunkturellen Abwärtsrisiken sind nach wie vor gross.



Das Jahr 2009 war für die Schweizer Exportwirtschaft ein eigentliches Annus Horribilis. Besonders betroffen waren die Maschinen-, Uhren-, Textil-, Metall- und Kunststoffindustrie. Weniger von der Wirtschaftskrise gezeichnet waren die Nahrungsmittelindustrie, die Pharmaindustrie und Unternehmen der Medizinaltechnik. Ebenfalls nur in geringem Masse betroffen waren die Binnenwirtschaft und der private Konsum. Sie zeigten sich gegenüber den Trends in der Export- und Finanzwirtschaft bislang relativ resistent. Insgesamt steht die Schweizer Wirtschaft mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von rund zwei Prozent besser da als viele andere Industriestaaten.

2010: moderates Wirtschaftswachstum, aber auch steigende Arbeitslosigkeit

Insgesamt erwartet economiesuisse für 2010 ein reales BIP-Wachstum von 0,7 Prozent. Damit dürfte der schlimmste Wirtschaftsabschwung der letzten Jahrzehnte überstanden und die Talsohle durchschritten sein. Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt aber auch 2010 schwierig. Insgesamt dürften sich die Exporte um gegen vier Prozent erhöhen. Dieses Wachstum auf tiefem Niveau wird die teilweise dramatischen Einbrüche während des Jahres 2009 aber bei weitem nicht kompensieren. Gleichzeitig wird im kommenden Jahr die Binnenwirtschaft abflauen. Besonders in der Bauwirtschaft dürfte die Wertschöpfung zurückgehen. Auch der private Konsum wird 2010 die Konjunktur nicht mehr stützen können, sondern leicht abnehmen. Verantwortlich dafür sind unter anderem die steigende Zahl der Arbeitslosen und die anhaltende Arbeitsplatzunsicherheit. economiesuisse rechnet damit, dass die Arbeitslosenquote im nächsten Jahr auf durchschnittlich 4,9 Prozent steigt.



Drei Risiken könnten die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz allerdings stark negativ beeinflussen. Erstens das Wechselkursrisiko: Eine deutliche Aufwertung des Schweizer Frankens würde die Exportindustrie empfindlich treffen und dem zaghaften Aufwärtstrend einen harten Dämpfer versetzen. Zweitens kann die weltweite Überschussliquidität dazu führen, dass sich neue Blasen bilden. Ein Platzen solcher Blasen würde die Weltwirtschaft und damit auch die Schweizer Wirtschaft angesichts der instabilen Lage stark belasten. Und drittens ist das internationale Finanzsystem noch immer instabil, sodass im kommenden Jahr Rückschläge möglich sind. *economiesuisse* geht davon aus, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise die Wirtschaft und Politik auch 2011 und 2012 noch beschäftigen werden.

Wachstumspolitik als zwingender Kompass

Angesichts dieser mit grossen Unsicherheiten behafteten Aussichten muss der wirtschaftspolitische Fokus der Schweiz auf einer langfristigen Wachstumspolitik liegen. Dabei gilt es Investitionshemmnisse abzubauen, Marktöffnungen voranzutreiben und die finanzpolitische Solidität auch in Zukunft zu gewährleisten. Zwingend ist auch, dass Wirtschaft und Politik sich dafür einsetzen, dass die Bevölkerung das Vertrauen in die Marktwirtschaft wieder zurückgewinnt.

Weitere Informationen:

rudolf.minsch@economiesuisse.ch

[Medienmappe](#)



Aktienrecht auf Schleuderkurs

03.12.2009 12:00

Die Beratungen um die Aktienrechtsrevision und die Initiative Minder sind derzeit von politischen Pirouetten geprägt. Das Geschäft ist aber zu wichtig für Experimente. Es geht um die Schweiz als Standort für börsenkotierte Unternehmen.

Im vergangenen Sommer hat der Ständerat seine Beratungen zur Aktienrechtsrevision abgeschlossen und der Initiative Minder eine deutliche Abfuhr erteilt. In der Rechtskommission des Zweitrats ist die Revision nun ins Stocken geraten: Mitten in der materiellen Diskussion erteilte die Kommission der Verwaltung den Auftrag zur Änderung der formellen Systematik des Gesetzes. Dies hinderte sie aber nicht daran, schon vor Abschluss der Beratungen zum Gegenvorschlag einen Beschluss zur Initiative zu fällen. Dieses verwirrende Vorgehen führte – bei vielen Enthaltungen – zu einem knappen Mehr zugunsten der Initiative.

Die Beschlüsse der Kommission sind in der Sache unverständlich. Sie beruhen auf zum Teil gleich gerichtetem politischem Taktieren, dem aber diametral auseinandergelungene Überlegungen zugrunde liegen. Das Geschäft ist zu wichtig für politische Experimente. Wie eine kürzlich präsentierte Studie zeigt, würde die Schweiz bei Annahme der Initiative eines der restriktivsten Unternehmensrechte erhalten. Damit ist unser Unternehmensstandort in Gefahr. Aber auch die Rechte der Aktionäre würden eingeschränkt, statt – wie die Initiative vorgibt – gestärkt: So würde nämlich selbst den Aktionären – unter Androhung von Freiheitsstrafe – verboten, ihren Unternehmen eine praxisgerechte Organisation zu geben.

economiesuisse setzt sich weiterhin für einen Gegenvorschlag ein. In der aktuellen Form enthält dieser zwar noch mehrere juristische Unsauberkeiten. Anders als die untaugliche Initiative kann der indirekte Gegenvorschlag im Parlament aber verbessert werden. Es ist zu hoffen, dass der Nationalrat nicht dem gefährlichen Schleuderkurs seiner vorberatenden Kommission folgt.

Mehr Informationen:

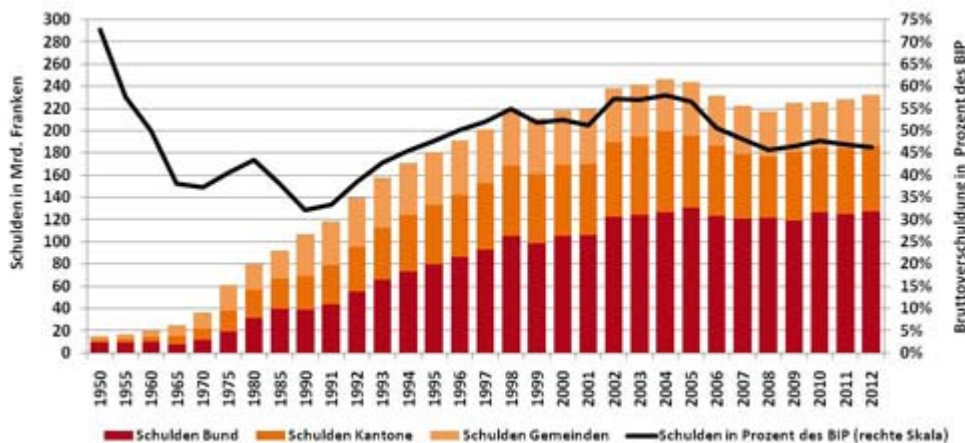
urs.furrer@economiesuisse.ch

Grafik des Monats: Die Schulden der Schweiz steigen wieder an

03.12.2009 12:00

Dank der guten Wirtschaftslage konnten die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden zwischen 2004 und 2008 deutlich reduziert werden. Im nächsten Jahr steigen die Staatsschulden jedoch wieder an. Vor allem beim Bund besteht Handlungsbedarf.

Die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden sind seit 1950 nahezu ununterbrochen gewachsen. Allein zwischen 1990 und 2000 haben sie sich von 106 auf 218 Mrd. Franken mehr als verdoppelt. Dank der guten Wirtschaftslage konnten die Schulden auf allen Staatsebenen zwischen 2004 und 2008 um 30 Mrd. Franken reduziert werden. Bereits im nächsten Jahr ist wieder mit einem Anstieg zu rechnen. Beim Bund ermöglicht der Verkaufserlös aus dem Abbau des UBS-Engagements dieses Jahr einen Schuldenabbau auf 117 Mrd. Franken. Gemäss Finanzplan ist bis Ende 2013 mit einem Anstieg auf 130 Mrd. Franken zu rechnen. Damit wäre der Höchststand vom Jahr 2005 trotz Schuldenbremse fast wieder erreicht. Bei den Kantonen und Gemeinden wird in den nächsten Jahren hingegen nur ein geringer Schuldenanstieg prognostiziert.



Rückfall in die defizitären 1990er-Jahre vermeiden

Ausgedrückt in Prozent des BIP ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Wirtschaft bis Ende der 1980er-Jahre schneller gewachsen als die Schulden. Während die Bruttoschulden 1950 noch bei über 70 Prozent des BIP lagen, konnten diese bis 1990 auf fast 30 Prozent reduziert werden. In den 1990er-Jahren hat sich die Schuldenquote nahezu verdoppelt. Zwischen 2004 und 2008 konnte sie von knapp 58 Prozent auf 46 Prozent gesenkt werden. Die Verschuldungsproblematik stellt sich damit vor allem für den Bund, welcher für mehr als die Hälfte der Staatsschulden verantwortlich ist. Das Minimalziel für den Bund ist das Einhalten der Vorgaben der Schuldenbremse. Diese in der Verfassung verankerte Regel verlangt in den Jahren 2011 bis 2013 Anpassungen in der Grössenordnung von 2 bis 4 Mrd. Franken pro Jahr. Das vom Bundesrat präsentierte Konsolidierungsprogramm ist daher notwendig und zu unterstützen.

Mehr Informationen:

martin.weder@economiesuisse.ch

Neues Postgesetz vom Ständerat verabschiedet - Ein schlechter Wurf

03.12.2009 12:00

Der Ständerat hat als Erstrat die Beratung des Entwurfs des neuen Postgesetzes abgeschlossen. Der Briefmarkt dürfte noch für einige Jahre mehrheitlich der Konkurrenz geschlossen bleiben. Es liegt nun am Nationalrat, sich von diesem kundenfeindlichen Entscheid zu distanzieren und die vollständige Marktöffnung innert vernünftiger Frist zu beschliessen.



Der vom Ständerat verabschiedete Entwurf zur Totalrevision der Postgesetzgebung wird von economiesuisse nicht weiter unterstützt. Positiv beurteilt wird einzig der grössere unternehmerische Spielraum, den die Schweizerische Post erhalten soll. Dazu gehört die vorgeschlagene Reduktion der Grundversorgung. Damit werden bis 80 Prozent der adressierten Briefe aus der Grundversorgungspflicht herausgenommen. Dass diese Briefe gleichzeitig im Monopol verbleiben, ist aber inakzeptabel. Damit drohen massive Preiserhöhungen zulasten der Kunden, insbesondere in Randregionen. Eine derart kundenfeindliche Lösung im Briefbereich gibt es in keinem anderen Land.

Neue Zwänge zulasten von Drittanbietern

Drittanbieter, die ihre Dienstleistungspalette erweitern möchten und damit Arbeitsstellen schaffen würden, müssen voraussichtlich noch mehrere Jahre abwarten, bis sie ohne willkürliche Einschränkungen alle Briefe verteilen dürfen. Trotzdem müssen sich die neuen Anbieter bereits dem Diktat des marktbeherrschenden Unternehmens beugen und branchenübliche Arbeitsbedingungen anbieten, Verhandlungen zu einem Gesamtarbeitsvertrag führen und sich mehreren branchenspezifischen Administrativverfahren unterstellen. Das alles unter dem Titel von gleich langen Spiesesen. Doch solange der Briefmarkt nicht geöffnet wird und nicht alle Wettbewerbsverzerrungen abgeschafft werden, sind die Chancen für erfolgreiche Markteintritte klein. Die vorgesehene verhandelbare Zugangsregelung zu Teilleistungen der Schweizerischen Post ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch nur wenn die Postregulationsbehörde subsidiär eingreift, besteht eine realistische Chance, dass diese Lösung den erhofften Effekt auf die postalische Versorgung hat.

economiesuisse hält an der bisherigen Position fest: Eine Totalrevision der Postgesetzgebung muss mit der Briefmarktöffnung einhergehen. Der Termin für die vollständige Öffnung muss daher zwingend im neuen Postgesetz festgelegt werden. Im Nationalrat müssen die Anliegen der Kunden endlich vom Gesetzgeber berücksichtigt werden.

Weitere Informationen:

jan.perret-gentil@economiesuisse.ch



Stromlücke real: Frankreich bald im Dunkeln?

03.12.2009 12:00

Erstmals seit 27 Jahren musste Frankreich im Oktober dieses Jahres durchgehend Strom aus dem Ausland beziehen. Sollte das Thermometer diesen Winter wie üblich unter null fallen, wird die Stromversorgung in unserem Nachbarland knapp.

Wegen ausserordentlicher Wartungsarbeiten wird in diesem Winter die Stromversorgung Frankreichs an ihre physikalischen Grenzen kommen. Der Betreiber des französischen Übertragungsnetzes schätzt, dass rund fünf Prozent der sonst verfügbaren Leistung fehlen werden. Dieser Mangel soll mit Importen aus England, Deutschland und der Schweiz ausgeglichen werden. Sollte überdies eine starke und länger andauernde Kältewelle über Frankreich hereinbrechen, würden gewisse Verbraucher abgeschaltet. Industriebetriebe, ländliche Regionen und Wohnquartiere in Städten und Agglomerationen wären ohne Stromversorgung. Einschneidende Folgen für industrielle und gewerbliche Produktion, für die Sicherheit und die Versorgung der Bevölkerung unseres Nachbarlandes sind dann nicht mehr auszuschliessen.

Stromlücke vor unserer Haustüre

Auch die Schweiz könnte davon betroffen werden. Da hierzulande seit mehr als einem Jahrzehnt keine grösseren Kraftwerke mehr gebaut wurden, ist die Schweiz im Winter zunehmend auf Importe aus Frankreich angewiesen. Zwölf bis vierzehn Prozent des im Winter verbrauchten Stroms kommen aus dem Ausland. Die Stromlücke steht deshalb im kommenden Winter auch in der Schweiz vor der Türe. Dies darf in den kommenden Jahren nicht zum Dauerzustand werden. Es ist daher wichtig, dass die Schweiz nebst der Förderung von erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz den Ersatz der Kernkraftwerke rasch vorantreibt. Vorbeugen ist besser, als nachträgliche Schäden zu beheben.

Mehr Informationen:

urs.naef@economiesuisse.ch



Neue Impulse in der Infrastrukturpolitik gefordert

03.12.2009 12:00

economiesuisse begrüsst die Bemühungen des UVEK, die Infrastrukturpolitik sektorübergreifend anzugehen. Um eine Planung für die nächsten 20 Jahre zu machen, braucht es einen fundierten und konstruktiven Dialog möglichst breiter Kreise. Die Wirtschaft wird detailliert Stellung nehmen, nachdem das UVEK auf das Anliegen der Wirtschaft eingetreten ist und die Anhörungsfrist auf ein vernünftiges Mass bis Mitte Februar verlängert hat.

Traditionell wird die Infrastrukturpolitik in der Schweiz sektorweise angegangen. Schrittweise wird die Gesetzgebung angepasst, ohne dass ein gesamter Überblick vermittelt wird. Mit diesem Vorgehen kann die Kohärenz der Infrastrukturpolitik nicht sichergestellt werden. Dieses Vorgehen wurde seitens economiesuisse schon mehrfach kritisiert. Es braucht einen Gesamtblick, der z.B. alle Verkehrsträger integriert. Das UVEK hat diese Forderung der Wirtschaft aufgenommen und ein integrales Konzept zur Zukunft der Infrastrukturen vorgestellt.

Dies begrüsst economiesuisse sehr. Vor allem vor dem Hintergrund der zunehmenden Konvergenz zwischen den Infrastrukturen, zum Beispiel im Bereich Energie und Kommunikation (Stichwort „smart grids“), entstehen neue Möglichkeiten der Effizienzsteigerung. Mit einer breiteren Perspektive sollen die Ziele der schweizerischen Infrastrukturpolitik konkreter und auf einer transparenteren Weise verfolgt werden. Schliesslich bilden die Infrastrukturen die Grundlage des Wirtschaftsstandorts und der Wettbewerb der Standorte wird in den kommenden Jahrzehnten zunehmen. Die Schweiz muss sich darauf ausrichten, mit den Standorten in Wettbewerb zu treten, die heute neue Infrastrukturen errichten. Der blosse Erhalt des Status quo greift da zu kurz.

economiesuisse hat mit einem Schreiben an das UVEK das Vorgehen bei der Anhörung kritisiert und forderte den Einbezug weiterer Organisationen sowie eine vernünftige Frist. Das UVEK hat beide Forderungen ernst genommen, die Anhörung veröffentlicht und die Frist bis Mitte Februar erstreckt. Die Wirtschaft kann so eine konsolidierte und detaillierte Eingabe machen – zum Wohl des Landes ist es wichtig, konstruktiv und zukunftsgerichtet über die Infrastrukturpolitik zu diskutieren und möglichst breite Kreise einzubeziehen.

Mehr Informationen:

dominique.reber@economiesuisse.ch



Kolumne aus Brüssel: Das Parlament lässt die Muskeln spielen

03.12.2009 12:00

Kaum haben die Regierungen der Mitgliedstaaten ihren Vertreter für die Kommission bestimmt, müssen sich diese den Hearings der parlamentarischen Kommissionen stellen, wo sie politisch auf Herz und Nieren geprüft werden. Die Kommission muss nämlich vom Parlament erst noch bestätigt werden.

Die grösste Fraktion der Europäischen Volkspartei hat indessen erklärt, dass sie nur Kandidaten zu akzeptieren gewillt ist, die sich zu den Grundwerten der EU wie der sozialen Marktwirtschaft bekennen, ohne Korruptionsverdacht sind und sich nicht mit „antidemokratischen“ Bewegungen eingelassen haben. Dieser Pfeil mag gegen Politiker aus den früheren Ostblockstaaten gerichtet sein. Es ist aber auch Ausdruck eines gestärkten Selbstbewusstseins des Parlaments. Durch Lissabon verdoppeln sich nahezu seine Kompetenzbereiche – ohne dieses geht im neuen Europa nichts mehr.

Wie das Zusammenspiel zwischen den Institutionen, insbesondere dem Rat der EU-Staaten und dem Parlament genau aussehen soll, ist allerdings noch nicht klar, denn die Regeln sind noch nicht festgelegt und die alte Kommission möchte der neuen nicht vorgeifen. Etwas ist allerdings schon heute sicher: Das EU-Parlament will ernst genommen werden und wird dies in Zukunft deutlich machen. Oder wie ein Parlamentarier es kürzlich formulierte: „Nun ist es vorbei mit den Kindergartenspielen.“

Mehr Informationen:

francois.baur@economiesuisse.ch



Avenir Suisse: Studie zum Glasfasernetz in der Schweiz

03.12.2009 12:00

Eine breit angelegte Studie von Avenir Suisse belegt, dass die Schweiz vom Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur profitieren kann. Auf der Basis von Glasfasern werden künftig Haushalte erschlossen. Die Schweiz sollte gleichermassen auf Infrastruktur- und Dienstewettbewerb setzen, das Rezept hat sich bewährt und wird auch in Zukunft spielen.

Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, in denen der Ausbau der Glasfasernetze im Bereich des Hausanschlusses durch die Marktteilnehmer finanziert wird. Dabei spielt die Verfügbarkeit von bestehenden Schachtnetzen eine grosse Rolle, sie machen 80 Prozent der Gesamtkosten aus und definieren den Kreis derer, die ausbauen können. Der Einstieg für andere, neue Anbieter, ist quasi ausgeschlossen. Auch für Unternehmen mit Schachtnetzen ist die Investitionshürde hoch: zwischen 8 und 12 Mrd. Franken müssen aufgewendet werden, um das leistungsfähige Netz zu erstellen.

Erschlossen werden zunächst die urbanen Zentren. Zu Recht, denn dort lassen sich die Investitionen rascher amortisieren. Weder der Bau mehrerer Fasern noch das Engagement der städtischen Energieversorger stellen einen effektiven Wettbewerb sicher, so Avenir Suisse. Der liberale Thinktank fordert daher eine differenzierte und flexible Regulierung. Mit diesem Regulierungsansatz sollen Marktverzerrungen verhindert und Investitionsanreize erhalten bleiben. Die Experten gehen davon aus, dass so der Dienstewettbewerb und der Technologiewettbewerb nicht erlahmen. In jedem Fall legt die Arbeit der Avenir Suisse einen wichtigen Grundstein, der auch in die laufende Diskussion einfließen soll.

Dominique Reber, Mitglied der Geschäftsleitung der economiessuisse: „Regulierungen sind in diesem Bereich eine Ultima Ratio und sollten nur zum Zug kommen, wenn der Wettbewerb scheitert.“ Auch economiessuisse warnt vor dem negativen Investitionsanreiz und der innovationshemmenden Wirkung von Regulierungen. Eine Regulierung der Glasfaser als Ultima Ratio müsste in jedem Fall auf der Ebene des Gesetzes verankert werden und dürfte nur zum Zug kommen, wenn eine Marktmacht feststeht. Kommerziellen Lösungen unter den Anbietern ist in jedem Fall der Vorzug zu geben.

Mehr Informationen:

dominique.reber@economiesuisse.ch



Agrarschutz: Gesamtwirtschaftliche Interessen haben Priorität

03.12.2009 12:00

In seiner Sondersession vom 3. und 8. Dezember berät das Parlament verschiedene Vorstösse zugunsten einer protektionistischen Agrarpolitik. Diese schaden den gesamtwirtschaftlichen Interessen und gefährden wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze in der Schweiz.

In der Sondersession stehen verschiedene Forderungen zur Diskussion, die die Abschottung des Schweizer Agrarmarktes bezwecken: So wird gefordert, dass bei den Verhandlungen zur Doha-Runde der WTO ausschliesslich die landwirtschaftlichen Interessen zu verteidigen oder die Verhandlungen über ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU abzubrechen seien.

Abschottungspolitik schadet dem Standort Schweiz

Ein verlässliches Regelwerk im internationalen Handel ist für die Schweiz als Exportnation von grosser Bedeutung. Genau das bietet die WTO. economiesuisse fordert deshalb, dass die gesamtwirtschaftlichen Interessen im Zentrum der Schweizer Verhandlungsstrategie zur Doha-Runde stehen. Die Verteidigung landwirtschaftlicher Interessen darf nicht auf Kosten der wertschöpfungsintensiven Exportindustrie erfolgen.

Genauso falsch wäre auch der sofortige Abbruch der Verhandlungen über ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU. Dieses bietet der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft den erleichterten Zugang zu 500 Millionen potenziellen Kunden. Zudem fällt mit dem Abkommen der Nachteil der in der Schweiz teureren Rohstoffe weg. Das ist für die Ernährungswirtschaft zentral, da der bisherige Ausgleichsmechanismus (Schoggigesetz) zur Behebung dieses Wettbewerbsnachteils ab 2013 von der WTO untersagt wird. Das Agrarfreihandelsabkommen ist auch eine wichtige flankierende Massnahme zur Doha-Runde. Ein damit verbundener Abbau des Grenzschutzes ohne verbesserten Zugang zu den Märkten des wichtigsten Handelspartners wäre fatal.

Mutige und effiziente Agrarpolitik gefordert

Landwirtschaftliche Interessen zu verteidigen ist legitim. Es ist völlig unbestritten, dass multifunktionale Aufgaben der Landwirtschaft, etwa die Erhaltung einer intakten Landschaft, auch in Zukunft durch die öffentliche Hand angemessen entschädigt werden müssen. Die Wirtschaft bietet Hand für massvolle Begleitmassnahmen, die den nötigen Strukturwandel abfedern. Die gesamtwirtschaftlichen Interessen dürfen aber nicht durch einen übertriebenen Agrarprotektionismus gefährdet werden. Die Schweiz braucht eine offensive und mutige Agrarpolitik, die den gut aufgestellten landwirtschaftlichen Betrieben eine Zukunft bietet.

Mehr Informationen:

rudolf.minsch@economiesuisse.ch



Schwerpunkte unserer Mitglieder: vips – der Pharmabranchenverband

03.12.2009 12:00

vips – die Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz nimmt in der Medikamentenversorgung in der Schweiz eine führende Rolle ein.

Der Branchenverband vips wurde 1950 gegründet. Die über 70 Mitgliederfirmen partizipieren am Pharmamarkt Schweiz von rund 4,8 Milliarden Franken (Fabrikabgabepreis) mit über 70 Prozent. Etwa 80 Prozent aller in der Schweiz registrierten Innovationen stammen von diesen Firmen. Mitgliederfirmen sind schweizerische Niederlassungen von ausländischen Pharma- und Biotechunternehmen, produzierende Schweizer Pharmaunternehmen sowie Vertriebsgesellschaften. Sie beschäftigen direkt und indirekt in ihren Schweizer Niederlassungen rund 14'000 Mitarbeitende.

Die vips vertritt die Interessen der Pharma- und Biotechfirmen. Sie setzt sich für ein liberales, innovationsfreundliches, qualitativ hochstehendes und langfristig finanzierbares Gesundheitswesen ein, in dem sich der Staat konsequent auf die Festsetzung der wesentlichen Rahmenbedingungen beschränkt und den nutzenorientierten Wettbewerb unter den Leistungserbringern im Gesundheitswesen konsequent fördert.

Starke Reglementierung

Der Medikamentenmarkt ist einer der reglementiertesten überhaupt in unserem Land. Im Gesundheitswesen hat kein Leistungserbringer den gleich hohen Leistungsnachweis bezüglich Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit zu erbringen wie die Pharmabranche. Um dennoch eine rasche und qualitativ hochstehende medikamentöse Versorgung der Patienten sicherzustellen, unterstützt die vips effiziente, zeitlich aufeinander abgestimmte sowie formal und materiell koordinierte wettbewerbsneutrale Zulassungs- und Vergütungsprozesse.

Schliesslich setzt sich die vips auch für eine nachhaltige Finanzierung der Gesundheitsleistungen durch die Förderung der Eigenverantwortung, die Gewährleistung der Wahlfreiheit der Patienten bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen und differenzierte Vergütungssysteme ein.

Mehr Informationen:

[Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz](#)



Europäische Führung in Kopenhagen?

03.12.2009 12:00

Der Klimagipfel der Vereinten Nationen steht vor der Tür. Die EU bereitet sich darauf vor, in den internationalen Verhandlungen in Kopenhagen eine führende Rolle zu spielen. Die ehrgeizigen Ziele der Europäischen Union können aber nur verwirklicht werden, wenn die Vereinigten Staaten und China mitziehen.

Die EU-Länder sind fest entschlossen, auf dem Weltklimagipfel vom 7. bis 18. Dezember in Kopenhagen ein neues Abkommen abzuschliessen, das den Rechtsrahmen für die Zeit nach Kyoto vorgeben soll. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy haben die Absicht bekundet, „die diplomatischen Tätigkeiten zu vertiefen“, um die internationalen Partner für eine effiziente Mitwirkung am Klimagipfel zu gewinnen.

Die EU schlägt ausgehend vom „Energie-Klima-Paket“, das vor einem Jahr verabschiedet wurde, eine Reduktion ihrer CO₂-Emissionen um 30 Prozent bis 2020 (gegenüber dem Stand von 1990) vor. Am 25. November hat sich auch das Europaparlament für ehrgeizige Massnahmen ausgesprochen. So sollen bald fünf bis sieben Milliarden Euro für die Unterstützung der Entwicklungsländer im Kampf gegen die Erderwärmung freigegeben werden. Die europäischen Wirtschaftskreise befürchten, dass einseitige Initiativen der EU – ohne Massnahmen von Drittländern – der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie schwer schaden würden.

Die Vorschläge der EU-Länder werden nur Wirkung zeigen, wenn sie mit vergleichbaren Anstrengungen der beiden Hauptverursacher von Treibhausgasen einhergehen, nämlich den Vereinigten Staaten und China. Nach dem APEC-Gipfel vom 15. November scheint dies aber eher unwahrscheinlich, denn die teilnehmenden Staatsschefs haben sich gegen einen rechtlich verbindlichen Vertrag ausgesprochen. So wird der Weg nach Kopenhagen immer steiniger und die Befürchtungen vor einem „neuen Doha“ erscheinen leider gerechtfertigt.

Mehr Informationen:

francois.baur@economiesuisse.ch



FinöV-Fonds verträgt keine zusätzlichen Eisenbahnprojekte

03.12.2009 12:00

Die Schweiz sollte in Bezug auf die Finanzierung von Grosseisenbahnprojekten vorbildlich sein. In Tat und Wahrheit wird mit dem FinöV-Fonds Jahr für Jahr ein riesiges Schuldenloch gegraben, das bald 10 Mrd. Franken betragen wird. Diesen Fonds mit zusätzlichen Projekten zu belasten, ist verantwortungslos.

In zehn Jahren Existenz hat der FinöV-Fonds mehrere unruhige Phasen erlebt. Falsche Anreize und intransparente Finanzierungsflüsse führten zu überlasteten Ausbauprojekten, die sich später als nicht finanzierbar erwiesen. Anstatt das Vorgehen zur Projektauswahl zu optimieren und falsche Anreize zu beseitigen, wurde vor allem die Fondsverschuldung erhöht (von 4,2 auf 8,6 Prozent, Preisstand 1995) und die Frist für die Rückzahlung entsprechend nach hinten verschoben (ca. 2030). Auch wurde der Strassengüterverkehr mittels sukzessiven Erhöhungen der LSVA immer stärker zu Kassen gebeten.

Weniger LSVA-Gelder?

Gemäss einem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts war der letzte LSVA-Erhöhungversuch unzulässig. Denn bereits unter dem früheren Abgabesatz deckte der Strassengüterverkehr seine externen Kosten vollständig. Der Bundesrat hat beschlossen, diesen Entscheid vor das Bundesgericht weiterzuziehen. Falls das Bundesgericht zum gleichen Schluss kommt, könnte die ganze Finanzplanung des FinöV-Fonds zusätzlich ins Wanken geraten. Geht man von Mindereinnahmen von 150 Mio. Franken pro Jahr aus, könnten bis im Jahr 2030 3 Mrd. Franken weniger in den Fonds einfließen.

Ungeplante Mehrkosten?

Dazu kommen noch andere Faktoren wie tiefere Inflationsraten, die eine kleinere teuerungsbedingte Erhöhung der Verschuldungsgrenze erlauben. Auch jede Verzögerung bzw. Kostenerhöhung bei den beschlossenen Projekten (insbesondere Neat, HGV und ZEB) könnte das bereits knappe Gleichgewicht des Fonds ins Wanken bringen. Die akuten finanziellen Probleme des FinöV-Fonds dürfen nicht durch zusätzliche Einnahmen für neue Projekte, die kaum im versprochenen Zeitraum realisiert werden könnten, versteckt werden. Die Symptombekämpfung ist fehl am Platz. Notwendig ist ein neues Finanzierungssystem. Nur so können die künftigen Eisenbahnprojekte zeitgerecht realisiert werden. economiesuisse schlägt folgende Lösung vor: 1. Mitfinanzierung der Kantone (220 bis 440 Mio. Franken), 2. Beitrag der Bahnunternehmen (300 bis 400 Mio. Franken, auch durch eine Erhöhung der Billettpreise), 3. Beitrag des Bundes (300 bis 400 Mio. Franken), sobald die Schulden des FinöV-Fonds zurückbezahlt sind. Mit diesem Finanzierungskonzept könnten ab 2017 bis zu 840 Mio. Franken pro Jahr zur Verfügung stehen. Mit dem FinöV-Fonds ist dies nicht realistisch.

Mehr Informationen:

jan.perret-gentil@economiesuisse.ch

KMU-Portrait: Jenni Energietechnik – Pionierin der Solarenergie

03.12.2009 12:00

Vor über 30 Jahren hatte Josef Jenni die Vision eines Hauses, das alleine mit Solarzellen und Sonnenkollektoren mit Strom versorgt und geheizt wird. Dank Jennis unbeirrbarem Glauben an dieses Sonnenenergiehaus wurde aus einem Einmannbetrieb ein Unternehmen mit über 70 Mitarbeitern, das bis heute stetig wächst und eine Vorreiterrolle einnimmt.

Während 2009 vielerorts Kurzarbeit eingeführt wurde, gab es auch Firmen, die ihre Produktion ungeachtet der Krise steigerten und neue Arbeitsplätze schufen. Die Jenni Energietechnik AG in Oberburg bei Burgdorf gehört zu diesen azyklischen Unternehmen. Bereits 2008 war ein absolutes Spitzenjahr: Der Umsatz stieg gegenüber dem Vorjahr um 22 Prozent, zehn neue Stellen wurden geschaffen und rekordhohe Bestellungseingänge verzeichnet.

Die Erfolgsgeschichte von Jenni Energietechnik beginnt 1978: Josef Jenni gründet einen Einmannbetrieb, der sich auf Solarsteuerungen spezialisiert. Was Ende der 1970er-Jahre angesichts der weltweit schier unendlich scheinenden Öl- und Gasvorkommen exotisch anmutet, zeugt 31 Jahre später von Pioniergeist. Wirtschaftlicher Erfolg alleine kann nicht Jennis Antrieb gewesen sein, denn bis die Umsetzung seiner Vision eines Sonnenenergiehauses Tatsache wurde, vergingen mehr als zehn Jahre. 1989 war es schliesslich so weit: Die Jenni Energietechnik konnte den Bau des ersten Sonnenenergiehauses Europas feiern. Ein Haus also, das alleine durch die an Dach und Fassade angebrachten Solarzellen und Sonnenkollektoren mit Strom versorgt und mit Solarwärme geheizt wird. Kein Wunder, dass dies weit über die Hügel des Emmentals hinaus Aufsehen erregte.

Seither hat sich 2007 auch ein vollständig solar beheiztes Mehrfamilienhaus mit saisonaler Wärmespeicherung neben das Sonnenenergiehaus gesellt. Josef Jenni ist vom einstigen Solarpionier zu einem wichtigen Fachmann für erneuerbare Energien und Energieeffizienz geworden. Dies bezeugt die Verleihung des Watt d'Or 2008 des Bundesamts für Energie für sein Lebenswerk sowie die Auszeichnung des 100 Prozent solar beheizten Mehrfamilienhauses mit dem Energy Globe Award.



Verleihung des Watt d'Or 2008: Michael Kaufmann, Vizedirektor Bundesamt für Energie, Josef Jenni und Dr. Walter Steinmann, Direktor Bundesamt für Energie (v. links).

War die Jenni Energietechnik in ihren Anfangszeiten in verschiedenen Bereichen der Sonnenenergie tätig, ist ihre Haupttätigkeit heutzutage primär die Produktion von thermischen Solaranlagen. Deren Herzstück ist ein Tank, der je nach Ort und Verwendung zwischen 1200 und 120'000 Liter Wasser fasst und mit einer eigens dafür entwickelten Speichertechnik mit integriertem Boiler ausgestattet ist. Swiss Solartank heisst das serienmässig hergestellte Produkt und erlaubt im Verbund mit Sonnenkollektoren, ein Haus bis zu 100 Prozent das ganze Jahr über zu heizen und mit Warmwasser zu versorgen. Ein Konzept, das in Zeiten drohender Energieknappheit und -abhängigkeit zu überzeugen vermag: Bereits 13'000 Stück des Swiss-Solartanks sind im Einsatz und ein Ende der Bestellungseingänge ist nicht absehbar. Ein Drittel der Bestellungen stammt alleine aus Deutschland, mittlerweile wird der Swiss-Solartank sogar für Fertighäuser angeboten.



Das 100 Prozent solar beheizte Mehrfamilienhaus in Oberburg bei Burgdorf.

Nebst dem Solarbereich deckt die Jenni Energietechnik auch Nah- und Fernwärmeverbundnetze sowie Kälteanlagen ab: Die bei Industrieproduktionen und Gewerbe anfallende Abwärme wird mithilfe von Wärmetauschern und Speichern zur Beheizung weiterverwendet, was eine erhebliche Steigerung der Energieeffizienz zur Folge hat. In diese Richtung weist auch die 2004 ins Leben gerufene Kampagne „Oil of Emmental“: Ihr Hauptanliegen ist die nachhaltige und effiziente Nutzung einheimischer Energie (Sonnen- und Holzenergie) sowie die konsequente Umsetzung von Energiespartetechniken. Dies soll die Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen vermindern und gewährleisten, dass ein möglichst grosser Teil des so eingesparten Geldes (etwa 160 Mio. Franken) dem Emmental erhalten bleibt. Auf diese Weise könnten neue Arbeitsplätze geschaffen und die Energienachfrage nachhaltig gesichert werden.

Mehr Informationen:

[Jenni Energietechnik AG](#)



Letzter Abstimmungssonntag des Jahres

03.12.2009 12:00

Der letzte Abstimmungssonntag des Jahres verlief grösstenteils zufriedenstellend – sowohl bei der Exportverbotsinitiative wie auch bei der Spezialfinanzierung Luftverkehr folgte das Stimmvolk mit grossem Anteil den Parolen von economiesuisse. Getrübt wird diese Freude einzig durch die Annahme der Minarett-Initiative, welche economiesuisse mit Bedauern zur Kenntnis nimmt.

economiesuisse nimmt das klare Nein zur Exportverbotsinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) mit Befriedigung zur Kenntnis. Die Stimmberechtigten haben erkannt, dass es falsch ist, einer ganzen Branche die Existenzgrundlage zu entziehen, 10'000 Arbeitsplätze zu vernichten und der Wirtschaft wichtiges Know-how vorzuenthalten. Ein Exportverbot hätte der ganzen Wirtschaft einen schweren Schaden zugefügt. Leidtragende wären die 10'000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewesen, deren Stelle bei einer Annahme vernichtet worden wäre, aber auch der Wirtschaftsstandort Schweiz.

economiesuisse begrüsst auch die Annahme der Spezialfinanzierung Luftverkehr. Durch das Ja der Stimmberechtigten können Einnahmen aus der Kerosinsteuer für Sicherheit und Umweltschutz im Luftverkehr eingesetzt werden. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Luftfahrtstandorts Schweiz. Davon profitieren grosse wie auch kleinere Unternehmen. Denn gute, verlässliche und sichere Verkehrsverbindungen sowie ein ideales Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsträger gewinnen in der globalisierten Welt weiter an Bedeutung.

Hingegen nimmt economiesuisse mit Bedauern die Annahme der Minarett-Initiative zur Kenntnis. Der Entscheid von Volk und Ständen ist zu akzeptieren. Die Schweiz muss mit Informations- und Aufklärungsarbeit zeigen, dass es sich nicht um ein Verbot des Islams, sondern nur um ein Verbot des Baus von Minaretten handelt. So ist ein möglicher Schaden in Grenzen zu halten. Angesichts der geringen Zahl an Minaretten in der Schweiz ist die Frage des Baus von zusätzlichen Minaretten letztlich von untergeordneter Bedeutung. Viel wichtiger ist klarzumachen, dass die Schweiz nach wie vor die Glaubens- und Religionsfreiheit hochhält und sich als offenes, tolerantes Land versteht.

Mehr Informationen:

urs.rellstab@economiesuisse.ch



Zukunftsaussichten der Bankenindustrie

03.12.2009 12:00

ICC Switzerland wird die nächste Jahresversammlung am 13. Januar 2010 in Zürich vor dem Hintergrund der Rolle der Banken in der Handelsfinanzierung organisieren. Thierry Senechal, Verantwortlicher der Bankenkommission im Sekretariat der internationalen Handelskammer ICC in Paris, wird dabei die Ergebnisse einer Studie vortragen, die die WTO bei der ICC in Auftrag gegeben hat.

An der Studie waren 122 Banken und 59 Länder beteiligt, sodass ein repräsentatives Bild entstanden ist. Im Gegensatz zum gleichen Zeitraum im Vorjahr hat die Nachfrage nach Handelsfinanzierungen im ersten Halbjahr 2009 zugenommen, Prognose steigend. Gegenwärtig ist der Markt für Handelsfinanzierungen also offen. Allgemein hat sich die Fähigkeit der Banken, Kredite bereitzustellen, seit Jahresbeginn verbessert. Die Studie zeigt ausserdem eine Preisstabilisierung, was das Potenzial der Handelsfinanzierungen steigert; für einige Produkte und Risiken bleibt das Preisniveau jedoch relativ hoch.

Trotz der Forderung der G-20-Regierungschefs im April nach einer Lockerung der Basel-II-Eigenkapitalvorschriften zeigt die Erhebung der ICC in diesem Bereich jedoch keine Anzeichen einer Erleichterung für die traditionellen Transaktionen der Handelsfinanzierung. Die Aussichten bleiben vor allem für die erste Jahreshälfte 2010 weiter gemischt. Deshalb ist es wichtig, die Umsetzung der Agenda der G-20 zur Handelsfinanzierung im Auge zu behalten und Verbesserungen der Kapazitäten der Banken zu fördern.

Die ICC-Bankenkommission, das massgebende Forum von Experten für Handelsfinanzierung, spielt bei der Erarbeitung von globalen Regeln für die Branche der Geschäftsbanken eine führende Rolle. Die Bankenkommission umfasst über 500 Mitglieder aus über 70 Ländern. Aus der Schweiz sind Credit Suisse, UBS und die ZKB vertreten.

Mehr Informationen:

thomas.pletscher@icc-switzerland.ch